

N i e d e r s c h r i f t **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.05.2005**

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis – Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Entsprechend der Festlegung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 03.05.2005 wurde zusätzlich der Tagesordnungspunkt 5 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgender Tagesordnung wurde zugestimmt:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 19.04.2005
4. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2004
Vorlage: IV/2005/04938
5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung - Beschlussempfehlung an den Stadtrat
Vorlage: IV/2004/04603
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 19.04.2005

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 10.04.2005 wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

zu 4 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2004 Vorlage: IV/2005/04938

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

(Hinweis: Frau Weiß beteiligte sich nicht an der Abstimmung.)

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle für das Geschäftsjahr 2004.

**zu 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005
 sowie Haushaltskonsolidierung
 Beschlussempfehlung an den Stadtrat
 Vorlage: IV/2004/04603**

Protokoll:

Zu Beginn der Sitzung wurden ein

- ◆ Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Begleitung der Aktivitäten der BMA durch ein Lenkungsgrremium
Vorlage IV/2005/04993, ein
- ◆ Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie participationsbericht über das Jahr 2003 zu Beschlussvorschlag Punkt 4
Vorlage IV/2005/04988 sowie ein
- ◆ Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung ... zur Haushaltskonsolidierung –Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits Pos. 3 (Psychiatrisches Krankenhaus)
verteilt.

Weiterhin wurde den Mitgliedern vom Geschäftsbereich I

- ◆ eine Übersicht zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsjahren 2003-2005 (für das Haushaltshaltsjahr 2004 wird das voraussichtliche Ergebnis ausgewiesen),
- ◆ die Sperrliste von Vorhaben des Vermögenshaushaltes 2005 aufgrund der fehlenden Kreditermächtigung,
- ◆ Erläuterungen der Veränderungen im haushaltsrechtlichen Stellenplan, bedingt durch die lange Zeit zwischen Entwurf und Beschluss des Haushaltsplanes, übergeben.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Koehn, Herr Bönisch, Herr Godenrath, Frau Wolff, Herr Schramm, Herr Dr. Meerheim, Frau Weiß, Herr Felke, Herr Scholze, Frau Häußler, Frau Szabados, Herr Funke, Frau Waldt, Frau Hock und Herr Schneider.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.05.2005 – öffentlicher Teil

Frau Häußler führte nochmals in die Problematik ein. Sie betonte, dass mit dem Beschluss zum Ausdruck gebracht werden soll, dass die Verwaltung ernsthaft mit der Prüfung der entsprechenden Punkte beauftragt wird. Ziel seien Einzelbeschlüsse durch den Stadtrat für die einzelnen Maßnahmen.

Herr Koehn bezog sich auf den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion IV/2005/04988 und betonte, dass mit den zuständigen Gremien die entsprechenden Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte, die Fachausschüsse sowie der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften gemeint seien.

Die Mitglieder teilten die Intension, dass die Vorschläge vor ihrer Umsetzung ausführlich diskutiert werden müssen.

Es wurde festgestellt, dass außer der PDS-Fraktion keine weitere Fraktion Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes in schriftlicher Form niedergelegt hat.

Die Vorschläge der PDS-Fraktion wurden durch die BMA geprüft. Die Mitglieder kritisierten, dass ihnen die Prüfungsergebnisse nicht per Mail zugesandt wurden. Sie wurden mit Datum vom 13.05.2005 fertig gestellt.

Im Verlauf der Erläuterungen von Herrn Schneider wurden Kopien an die Mitglieder ausgegeben.

Im Rahmen der Diskussion um den Anteils- bzw. Verkauf von HWG und GWG bat Herr Bönisch um Überprüfung, ob der Stadtumbau auch mit anderen Partner gelungen wäre.

Frau Häußler sagte im Ergebnis der Diskussion zu, den Verkauf der ITC in die Aufzählung einzuordnen.

Die Haushaltswirksamkeit der Konsolidierung habe sich geändert. Der Begriff Haushaltskonsolidierung müsse definiert werden, damit eindeutig erläutert werde, was darunter zu verstehen sei. Die Einsparungen durch die Hartz IV-Gesetze seien kein Beitrag der Stadt zur Haushaltskonsolidierung und sollten demnach auch nicht mit ihr vermischt werden, auch wenn die entlastende Wirkung für den städtischen Haushalt unumstritten sei.

Bezüglich der Frage der Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltsplanes (§ 5 der Haushaltssatzung) wurde auf den enormen Arbeitsaufwand für die Verwaltung und den Stadtrat hingewiesen, falls der Schwellenwert herabgesetzt werden würde. Über evtl. Veränderung werden die Gremien entsprechend der Wertgrenzen der Hauptsatzung informiert, da ihnen die Veränderungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Es wurde nochmals von den Stadträten darauf hingewiesen, dass ein Verfahren gefunden werden sollte, um über den Mittelabfluss der städtischen Gelder informiert zu sein. Herr Dr. Meerheim sagte zu, sich dieser Thematik anzunehmen.

Herr Bönisch avisierte einen Antrag für die Stadtratssitzung, dass Beschlüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen grundsätzlich nur noch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gefasst werden.

Bezüglich einer Nachfrage erläuterten Herr Funke und Frau Waldt, dass die 7 Mio. € geplante Kreditaufnahme nicht vollumfänglich gestrichen werden können, da ca. 50 % der Mittel durch mehrjährige Projekte unterlegt seien. Die Kredite wurden eingeplant, um Eigenmittel für Fördermittel nachweisen zu können. Sollten diese nicht genehmigt werden, könnten die geplanten Fördermittel nicht beantragt werden.

Herr Bönisch bat bis zur Sitzung des Hauptausschusses am morgigen Tag um eine Erläuterung zu den Personalkosten des Unterabschnittes 0212.

Es wurde darum gebeten, dass die Mitglieder des Ausschusses die Unterlagen der BMA vom heutigen Tag per Mail zugesandt bekommen (verantwortlich: Frau Hock). Dies wurde zugesagt.

Herr Funke führte aufgrund eines Hinweises aus, dass die Auflistung der freiwilligen Leistungen lt. Schreiben des Landesverwaltungsamt vom 01.10.2004 eine Empfehlung sei.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wünschten in der heutigen Sitzung keine Abstimmung zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Protokoll:

Herrn Schramm stellte folgenden

Antrag:

Zur Vergabe des Laternenfestes für die Jahre 2003 bis 2005 an einen privaten Betreiber wird eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung bis zur nächsten Stadtratssitzung am 25.05.2005 zu folgenden Punkten beantragt:

1.

Welche vertraglichen Regelungen gibt es hierzu?

2.

Auf welcher Grundlage und in welcher Höhe wurde für die Stadt 2003 und 2004 eine Gewinnbeteiligung durch den privaten Pächter erreicht?

3.

Welche Festlegungen zur Durchführung des Laternenfestes wurden hierzu für 2005 getroffen? Welche inhaltlichen, finanziellen und organisatorischen Leistungen werden im Detail durch den privaten Betreiber und durch die Stadt Halle (Saale) realisiert (Programm-, Handels- und Sicherheitskonzeption)?

zu 7 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Etatverwendung Kulturhauptstadtwerbung

Frau Wolff kritisierte die Qualität der Zuarbeit des Fachbereiches Wirtschaftsförderung vom 02.05.2005 (Postausgang 03.05.2005).

Im Ergebnis einer kurzen Diskussion wurde festgelegt, Herrn Meyer-Mertel für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.06.2005 einzuladen.

DV-Kosten

Auf Anfrage von Herrn Bönisch teilte Herr Funke mit, dass Herr Strohmeyer für Fragen zur Datenverarbeitung der Stadt zur Verfügung stehe.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Anfragen aus der Sitzung am 19.04.2005

Berliner Brücke – Mehrkosten

Die Beantwortung der Verwaltung wurde mit den Sitzungsunterlagen am 03.05.2005 versandt.

Frau Wolff wies darauf hin, dass im Vergabeausschuss Fragen in erheblichem Umfang offen geblieben seien. Frau Ströhl führte aus, dass diese fristgemäß zur nächsten Sitzung des Vergabeausschusses schriftlich beantwortet werden.

Kindereinrichtungen – Kosten für Fußboden- und Malerarbeiten

Die Beantwortung wurde zu Beginn der Sitzung am heutigen Tag übergeben.

Kindereinrichtung in der Innenstadt

Herr Bönisch fragte nach dem aktuellen Stand der avisierten Vorlage. Frau Szabados erläuterte, dass sich die Entscheidungsvorlage in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde.

Personalkostenerhöhung im Bereich der Oberbürgermeisterin

Die Beantwortung der Verwaltung wurde mit den Sitzungsunterlagen am 03.05.2005 für den nicht öffentlichen Teil versandt.

Feststellung Jahresabschluss 2003 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

Feststellung Jahresabschluss 2003 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

Die Beantwortung der Anfragen von Herrn Misch und Frau Weiß werden für die Sitzung am 21.06.2005 vorgesehen.

zu 9 Anregungen

zu 10 Mitteilungen

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
des Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Referentin
Protokollantin